

## **Deutsch-Afrikanische Initiative in Dessau protestiert gegen rechtswidrigen Polizeieinsatz und fordert Aufklärung**

In Dessau kann es am 16. Dezember 2009 zu einem Großeinsatz der Polizei, der sich gegen den Drogenhandel richtete. Dabei kam es zu einer rechtswidrigen Durchsuchung des Ladens der Deutsch-Afrikanischen Initiative in Dessau e.V. (das sogenannte Telecafé), der zwei Angestellten und aller anwesenden Kunden. Die Deutsch-Afrikanische Initiative in Dessau protestiert gegen den rechtswidrigen und diskriminierenden Polizeieinsatz in ihrem Laden. Gefordert wird eine umfassende Aufklärung zu den tatsächlichen Abläufen.

### **Die eidesstattlichen Versicherungen der Betroffenen zu den Vorgängen widersprechen der gemeinsamen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost.**

Betroffen von der polizeilichen Maßnahme war auch Mouctar Bah, Sprecher der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh und seit 13. Dezember 2009 Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte. Mouctar Bah gründete das Telecafé, die Gewerbeerlaubnis wurde ihm durch die Stadt Dessau-Roßlau entzogen. Der Laden ist eine wichtige Begegnungsstätte für Migranten der Region und Treffpunkt der Aktivisten, die sich für die Aufklärung des Todes des im Dessauer Polizeirevier verbrannten Asylbewerbers Oury Jalloh einsetzen. Die Deutsch-Afrikanische Initiative, die für respektvollen Umgang und Verständigung mit Migranten wirkt, ist seit zwei Jahren Inhaber des Telecafés.

### **Aus der gemeinsamen Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost vom 17. Dezember 2009:**

„Einer verdächtigen Person, die das Tele-Café in der Friedrich-Naumann-Straße betreten hatte, folgten Polizeibeamte zur Vermeidung eines möglichen Beweismittelverlustes auf der Grundlage des bestehenden Verdachtes zur Identitätsfeststellung in das Geschäft. Bei der Durchführung dieser Maßnahme wurden auf dem Boden des Geschäftes liegende Betäubungsmittel festgestellt. Darüber hinaus führte die verdächtige Person, eingenaht in ihrer Mütze, vier Konsumeinheiten Betäubungsmittel mit sich. Weitere Rauschgifte wurden jedoch nicht gefunden. Der aus dem Sudan stammende 37 Jahre alte Mann wurde in polizeilichen Gewahrsam genommen und nach Abschluss der seine Person betreffenden polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die polizeilichen Maßnahmen haben sich mithin nicht gegen die Inhaber des Tele-Cafés gerichtet. Entgegen verschiedentlich im Internet verbreiteten Fehlinformationen wurde mangels irgendeines Tatverdachtes gegen den früheren Inhaber und Betreiber des Tele-Cafés, Mouctar Bah, kein Ermittlungsverfahren eingeleitet.“

### **Darstellung der Abläufe aus den eidesstattlichen Versicherungen der Betroffenen:**

Das Geschäftslokal wurde nicht allein zur Ergreifung der (angeblich) verfolgten Person betreten.

Zunächst wurden anwesende Personen – es sei zu erwähnen, dass dies afrikanische Menschen waren – in abscheulicher Art und Weise beleidigt.

Mouctar Bah und einen weiteren Angestellten saßen am Tisch und aßen, als eine Vielzahl von Polizisten den Laden stürmte. Mouctar Bah: „Das erste was einer der Polizisten zu uns sagte, `Hört auf zu fressen!` Ich sagte: `Wir haben keine Fresse, sondern einen Mund.` Darauf sagte er: `Halt die Fresse!`“

Auf die Frage der Angestellten, ob ein Durchsuchungsbeschluss vorliege, wurde entgegnet, dass keiner benötigt würde, da es sich um einen „verrufenen“ und gefährlichen Ort handeln würde. Gleich lautende Auskunft durch Polizeibeamte erfolgte telefonisch an die Vorsitzende der Deutsch-Afrikanischen Initiative und an den Rechtsanwalt, der die Interessen der Geschädigten vertritt. Vielmehr wurden nun die Räumlichkeiten des Ladens teilweise durchsucht, später noch mit einem Hund.

Im weiteren Verlauf mussten sich alle Anwesenden im Laden einer entwürdigenden Durchsuchung unterziehen. Mouctar Bah musste seine Oberbekleidung ablegen und seine Hose für die Durchsuchung öffnen. Ein weiterer Angestellter und ein der Initiative seit langem verbundener Freund mussten sich vollständig nackt ausziehen! Ein Tatvorwurf oder eine Begründung für die Maßnahme wurde nicht gegeben! Keine der durchsuchten Personen erhielt ein Durchsuchungsprotokoll.

Die ausländischen Menschen wurden durchgängig geduzt. Es wurde Ihnen verboten, sich in ihrer Landessprache zu unterhalten. Es wurden Filmaufnahmen im Laden und insbesondere von Menschen gemacht. Die Durchsuchung der Menschen wurden öffentlich, also für jeden Polizeibeamten/in sichtbar durchgeführt. Das Schamgefühl der Menschen wurde aufs Schwerste verletzt. Die Erniedrigungen stellen Verstöße gegen das Gebot der Wahrung der Menschenwürde dar.

Als bei einem Kunden Geld gefunden wurde, sagt der durchsuchende Beamte, dass der Betroffene (Ausländer) kein Geld besitzen dürfe. Letztlich wurden einigen Personen ohne ersichtlichen Grund Platzverweise ausgesprochen, die sich zwangsläufig auf den Laden bezogen.

### **Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit nochmals schwer erschüttert**

Als Anfang 2009 mit der Umgestaltung des Stadtparks der Drogenhandel von dort verdrängt wurde, sprach die Deutsch-Afrikanischen Initiative wiederholt beim damaligen Leiter des Polizeireviers vor und forderte verstärkten Polizeieinsatz im Viertel. Polizeiaktionen gegen Drogenhandel wurden und werden durch den Verein, die Mitwirkenden und die Angestellten im Laden ausdrücklich gefordert, befürwortet und unterstützt. Das Geschehen am 16.12.2009 löst aber Empörung aus.

Nach diesem Polizeieinsatz mit Schmähungen, Demütigungen, Verletzungen der Persönlichkeitsrechte und der Menschenwürde ist das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit, insbesondere bei Migrant\*innen, nochmals schwer erschüttert. Die Erlebnisse vom 16.12.2009 reihen sich auf bedenkliche Weise ein in die Erfahrungen aus dem Prozess zum Tod Oury Jallohs, die der Richter dahingehend zusammenfasste, dass Schweigen und Lügen von Polizisten eine Aufklärung und gerechten Urteilsspruch verhinderten.

**Die Institutionen der Rechtspflege müssen dafür sorgen, dass Migrant\*innen in Deutschland einen Rechtsstaat erleben und nicht wiederholt Willkür von Polizeigewalt ausgesetzt sind!**